

459/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr
betreffend Zusammenlegung des Wissenschaftsministeriums mit dem
Unterrichtsministerium, sowie negative Folgen durch Regierungsbeteiligung der FPÖ
auf die Wissenschaft

Bereits anlässlich der letzten Regierungsbildung wurde von den Universitäten und allen ihren wesentlichen RepräsentantInnen vehement gegen eine Zusammenlegung des Wissenschaftsministeriums mit dem Unterrichtsministerium argumentiert. Auch nach den Nationalratswahlen sprachen sich alle wesentlichen universitären Gremien mit Nachdruck für eine Stärkung des Wissenschaftsressorts und gegen eine Trennung von Universitäten und Forschungsförderungsagenden aus. Dies wird unter anderem auch in einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten der FPÖ zum Nationalrat Gilbert Trattner dokumentiert.

Entgegen den Protesten der Mehrheit aller Betroffenen hat sich die Bundesregierung anders entschieden.

Eine weitere Schwächung von Universitäten und der österreichischen Forschungslandschaft entstand durch die zu erwartenden internationalen Reaktionen auf die Regierungsbildung mit der FPÖ.

Neben zahlreichen Protesten von Hochschullehrerinnen und namhaften Persönlichkeiten aus dem Wissenschaftsbereich wird zunehmend über die negativen Folgen für die Wissenschaft berichtet.

Zahlreiche Wissenschafts- und Forschungsverbände, universitäre Gremien, Forschungsorganisationen, Kongreßveranstalter und HochschullehrerInnen bemühen sich verzweifelt durch Briefe, Annoncen und Resolutionen, durch Erklärungen und Distanzierungen diese negativen Auswirkungen in Grenzen zu halten und abzuschwächen.

Forschung lebt von internationalen Kontakten und dem wissenschaftlichen Austausch über Kongresse, Forschungsaufenthalte im Ausland, Austausch von WissenschaftlerInnen und internationalen Stipendienprogrammen.

Alle bisherigen Mitteilungen und zahlreiche Medienberichte lassen negative Auswirkungen der ÖVP - FPÖ Koalition auf den Forschungsstandort Österreich befürchten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

Frage 1: Weshalb wurde gegen alle Bedenken der Betroffenen auf den Erhalt eines eigenen Wissenschaftsressorts verzichtet?

Frage 2: Wie verteilen sich folgende Ressourcen auf die Bereiche Universitäten versus Schulen und Fachhochschulen:

Budget

Akademisches und nicht akademisches Personal im neuen Ressorts

Studierende und Lehrpersonal an Universitäten versus Schulen und FHS

Frage 3: Was sind die postulierten Einsparungsmaßnahmen, die durch die Zusammenlegung entstanden sind?

Frage 4: Wurden die für die Universitäten negativen Reaktionen aus dem Ausland zentral gesammelt und dokumentiert?

Frage 5: Um welche negativen Reaktionen hat es sich dabei gehandelt? z.B.: Absagen, Stipendien und internationale Programme, Berufungen ect.

Frage 6: Wie kann man den entstandenen Schaden finanziell abschätzen und welche Zeitverluste ergeben sich für die Forschung durch die reduzierten Kooperationsmöglichkeiten, gegebenenfalls auch durch die reduzierten Förderungen?

Frage 7: Wurden ausreichende Maßnahmen ergriffen und geplant, um den Schaden den diese Bundesregierung provoziert hat in Grenzen zu halten und um den voraussichtlich mehrjährigen Imageverlust für die Betroffenen zu reduzieren?